

4 Soziales, Integration, Frauen

Für ein sozial gerechtes Hessen

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine moderne und gerechte Sozialpolitik. Gemeinsam mit den Kommunen, den Wohlfahrtsverbänden und anderen Akteuren in der Sozialen Arbeit werden wir den Paradigmenwechsel zu einer verantwortungsbewussten Sozialpolitik in Hessen herbeiführen. Wir werden uns den Herausforderungen unserer Zeit stellen und Antworten auf die neuen sozialen Fragen finden.

Wir werden den Dialog mit den Wohlfahrtsverbänden, den sozialen Institutionen und Kommunen wieder pflegen und gemeinsam mit ihnen in einem beteiligungsorientierten Prozess eine „Soziale Charta“ für Hessen entwickeln, in der Grundsätze und Perspektiven unserer neuen Sozialpolitik festgeschrieben werden.

Menschen stärken – Wege aus der Armut

Diese neue Sozialpolitik hat zum Ziel, Armut zu bekämpfen, gesellschaftliche Teilhabe zu sichern und das Entstehen neuer Armut zu verhindern. Wir werden eine landesweite Armuts- und Reichtumsberichterstattung in Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene (Sozialkonferenzen) und den Wohlfahrtsverbänden umsetzen. Die Sozialplanung soll unter der besonderen Berücksichtigung der Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen erfolgen.

Wir werden das Sozialbudget als Finanzierungs- und Steuerungsinstrument einführen. In einem gemeinsamen Prozess mit den Trägern, Einrichtungen und sozialen Dienstleistungen wird das Sozialbudget umgesetzt. In diesem Prozess wird erarbeitet, wo neue Strukturen entstehen oder bestehende effektiver gestaltet werden sollen. Das Sozialbudget gibt durch eine verbindliche Festschreibung der Landesmittel den Menschen, den Kommunen und Trägern sozialer Dienste Planungssicherheit und ermöglicht den wirkungsvollen und effizienten Einsatz öffentlicher Mittel durch die Setzung von Qualitätsstandards, Wirkungsorientierung und Evaluation. Die Zielvereinbarungen der Kommunalisierung sind hinsichtlich ihrer Effizienz und sozialpolitischen Wirkungen zu überprüfen. Den Prozess der Kommunalisierung werden wir von Landesseite mit dem Ziel begleiten, vergleichbare Lebensverhältnisse in den Regionen herzustellen.

Die Koalitionspartner werden das Programm „Soziale Stadt“ erneuern. Wir werden zudem wieder Landesmittel für Menschen in sozialen Notlagen bereitstellen und die Präventionsarbeit in sozialen Brennpunkten fördern.

Dringlichen Handlungsbedarf sehen wir für die Finanzierung der Schuldnerberatung.

Solange der Bund seiner Verantwortung nicht gerecht wird, werden wir den „Härtefonds Mittagsversorgung in hessischen Schulen“ zu einem Sozialfonds „Mittagessen an Schulen und Kindertagsstätten“ in Ergänzung des Regelsatzes der Grundsicherung und in Abstimmung mit den Kommunen erweitern, damit in Hessen künftig kein Kind mehr aus finanziellen Gründen von einer gesunden, warmen Mahlzeit in Schule oder Kita ausgeschlossen wird.

Wir begrüßen, dass der Bund mit dem Schulbedarfspaket die Teilhabe von Kindern an Bildung erleichtert. Wir werden die Auswirkungen des Pakets in Hessen auswerten und uns gegebenenfalls für Verbesserungen einsetzen.

Um einen weiteren wirksamen Schritt zur Armutsbekämpfung zu leisten, wird die Einführung einer „Hessen-Card“ geprüft.

Kinder in den Mittelpunkt

Alle Kinder sollen in unserem Land gut aufwachsen. Jedes Kind hat ein Recht auf Unterstützung seiner Persönlichkeit und Förderung seiner individuellen Entwicklung. Wir werden die soziale und kulturelle Teilhabe aller Kinder gewährleisten, kein Kind darf zurückgelassen werden. Wir werden uns mehr in der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung engagieren. Gemeinsam mit den Kommunen, Verbänden und Institutionen wollen wir verlässliche und qualitativ hochwertige Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebote „aus einem Guss“ gewährleisten.

Wir werden dafür Sorge tragen, dass die für den Ausbau der Betreuungsangebote zur Verfügung stehenden Mittel zügig und vollständig an die Kommunen weitergeleitet werden, damit der bundesweit geltende Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige umgesetzt wird.

Um die frühkindliche Bildung zu stärken, werden wir die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans ernsthaft angehen. Das bestehende System der frühkindlichen Bildungsangebote wird systematisch weiterentwickelt: durch integrierte, früheste mögliche und altersgerecht gestaltete Sprachförderung für alle Kinder, durch die bessere Vernetzung von Kindertagesstätten und Grundschulen, den Ausbau von Ganztagsangeboten und durch die Verbesserung der Qualität in der Familientagesbetreuung. Um für jedes Kind die passende Förderung sicherzustellen, soll im 3. Lebensjahr eine umfassende Beratung der Eltern stattfinden. Wir streben hinsichtlich der pädagogischen Qualität in der Kinderbetreuung langfristig europäische Standards an.

Zur Absicherung der pädagogischen Qualität in der Kinderbetreuung müssen zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher ausgebildet werden. Für die hierzu notwendigen zusätzlichen Ausbildungskapazitäten werden wir ein kurzfristiges „Überlastprogramm“ auflegen. Langfristig streben wir Verbesserungen in der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher an; die Einrichtung dualer Studiengänge wird unterstützt.

Wir wollen Eltern in ihrer Elternkompetenz und Erziehungsverantwortung stärken. Die Vernetzung bestehender Strukturen – zum Beispiel Elternschulen, Familienbildungsangebote, Mütterzentren und Erziehungsberatungsstellen – werden wir fördern. Wir werden die Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren projektorientiert unterstützen, wobei regionale Konzepte die Vielfalt der Angebote sichern werden.

Zur Vorbeugung von Kindesmisshandlung und -vernachlässigung werden wir schrittweise in Ergänzung zu kommunalen Hilfestrukturen ein Programm für frühe aufsuchende präventive Hilfe initiieren.

Unser Ziel ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle Mütter und Väter, die dies wünschen. Der Landesdienst wird dabei eine Vorbildfunktion einnehmen: Wir wollen unter anderem ein Programm „Studieren mit Kind für Väter“ starten.

Das im Hessischen Sozialministerium angesiedelte Landesjugendamt wird aufgewertet.

Die Vielfalt der verschiedenen Träger und Angebote im Bereich der Kinderbetreuung hat sich bewährt. Auch privat-gewerbliche Träger können, beispielsweise im Rahmen von Betreuungsangeboten von Firmen für alle Kinder ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, hierzu einen Beitrag leisten. Eine Landesförderung von profitorientierten Trägern oder Angeboten, die durch hohe Gebühren Kinder faktisch von der Teilnahme ausschließen, die nicht tariftreu sind oder die die Qualitätsstandards nicht erfüllen, lehnen wir ab.

Jugendpolitik

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen einer eigenständigen, emanzipatorischen Jugendpolitik auf Landesebene ein stärkeres Gewicht verleihen. Die Sicherstellung der politischen und gesellschaftlichen Partizipation von Jugendlichen ist uns dabei ein wichtiges Ziel. Die Angebote der außerschulischen Jugendbildung wollen wir sichern. Das Kommunalwahlalter soll auf 16 Jahre gesenkt werden. Gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen werden wir eine „Hessische Kindercharta“ erarbeiten, die ihre Rechte und Ansprüche an die Landespolitik formuliert. Damit verschaffen wir den Interessen von Kindern und Jugendlichen einen angemessenen Einfluss auf die Gestaltung ihrer Lebenswelt.

Damit wir die Chancen von Jugendlichen in schwierigen Lebenslagen auf eine gute Ausbildung erhöhen, beabsichtigen wir, Jugendhilfe und Schule früher und stärker miteinander zu vernetzen. Dabei soll geprüft werden, ob durch eine bessere Zusammenarbeit mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit deren Mittel individueller und effektiver eingesetzt werden können.

Bestehende Landesprogramme zur Prävention gegen Jugendgewalt werden wir bündeln und zielgerichteter einsetzen. Wir werden wieder Landesmittel zur Unterstützung von Angeboten für straffällige Jugendliche in Zusammenarbeit mit dem Justizbereich zur Verfügung stellen. Wir werden besonders die integrative Jugendarbeit und die allgemeine soziale Integrationsarbeit für Aussiedlerinnen und Aussiedler fördern.

Wir wollen den internationalen Jugendaustausch stärken und ein Programm zur Stärkung der Freiwilligendienste (FSJ/FÖJ) auflegen, um mehr Jugendliche – auch mit Migrationshintergrund – für das bürgerschaftliche Engagement zu gewinnen.

Neuer Aufbruch in der Arbeitsmarktpolitik

Ziel unserer aktiven Arbeitsmarktpolitik ist es, die Teilhabe aller am Arbeitsmarkt zu fördern. Wir wollen die Fähigkeiten und Qualifikationen der Menschen stärken, damit sie ihren Platz in einem sich stark wandelnden Arbeitsmarkt finden. Menschen müssen von ihrer Arbeit ihr Leben nicht nur bestreiten, sondern auch gestalten

können. Wir wollen den Menschen helfen, ihre Schwierigkeiten zu überwinden und ihre Stärken zu entwickeln.

Landespolitik trägt Mitverantwortung für Armutsbekämpfung durch eine aktive und effektive Arbeitsmarktpolitik. Die bestehenden Arbeitsmarkt- und Ausbildungsprogramme wollen wir deshalb im Sozialministerium bündeln und auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen. Grundsätzlich streben wir eine Neustrukturierung an. Die Fokussierung liegt dabei auf der präzisen Ergänzung der ausbildungs- und arbeitsmarktpolitischen Programme der Kommunen und des Bundes. Ein Ziel unserer arbeitsmarktpolitischen Initiativen ist die Erhöhung der Existenz sichernden Erwerbsbeteiligung von Frauen, z. B. durch Programme für Berufsrückkehrerinnen. Wir werden die altersgerechte Gestaltung der Arbeitswelt als umfassende Aufgabe anpacken.

Für die erfolgreiche Vermittlung von Arbeit suchenden Menschen ist eine dezentrale Struktur mit kommunaler Verankerung die beste Grundlage für eine individuelle und nachhaltige Integration in das Erwerbsleben. Deshalb werden wir für eine verfassungsrechtliche Regelung der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung von Bundesagentur und Kommunen bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende sowie für eine Regelung zum Fortbestand des Optionsmodells eintreten.

Wir werden alle Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende unterstützen und einen Prozess der gemeinsamen Qualitäts- und Wirkungssteigerung durch mehr Transparenz und Erfahrungsaustausch unterstützen. Wir wollen, dass das Land mehr Verantwortung in der Steuerung übernimmt.

Die Landesregierung wird einheitliche Qualitätskriterien für die Betreuung von Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB II formulieren und deren Einhaltung in den Optionskommunen regelmäßig prüfen (Benchmarking).

Zudem wird ein Segment dauerhaft öffentlich geförderter Beschäftigung mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen geschaffen, um für bestimmte Personengruppen, die keine Beschäftigungschance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, 1 Euro-Jobs zu ersetzen. Die Beschäftigungsfelder müssen zusätzlich, gemeinwohlorientiert und nicht wettbewerbsverzerrend sein. Hierfür wollen wir die zur Verfügung stehenden Zuschussmöglichkeiten der Bundesagentur für Arbeit, Transferleistungen der Kommunen und Landesgelder unter Nutzung von Mitteln des Europäischen Sozialfonds verwenden.

Die Landesregierung wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Hartz-Gesetze sowohl in Bezug auf die Höhe der Transferzahlungen, besonders für Familie mit Kindern, als auch auf die Wirksamkeit der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen überprüft werden. Wir treten dafür ein, dass künftig ein eigener Kinderregelsatz gilt.

Innovative Förder- und Eingliederungsmodelle werden wir unterstützen. Wir werden die bestehenden Ausbildungsprogramme bündeln und mit dem Ziel gestalten, dass alle Jugendlichen – auch „Altbewerberinnen und Altbewerber“ – einen Ausbildungsplatz erhalten. Ein wirksamer Ausbildungspakt und eine angemessene Beteiligung des Landes daran durch zusätzliche Ausbildungskapazitäten sind weitere Bausteine, um unser Ziel zu erreichen.

Wir werden einen effektiven Arbeitsschutz und Jugendarbeitsschutz für alle hessischen Beschäftigten sicherstellen.

Prävention und Gesundheit fördern

Eine umfassende Gesundheitsversorgung für alle Menschen auf dem neuesten Stand der Wissenschaft steht im Mittelpunkt unseres Handelns. Wir werden den Auswirkungen des demografischen Wandels Rechnung tragen und sicherstellen, dass die Menschen überall in Hessen Zugang zu allen Leistungen des Gesundheitswesens haben. Gesundheitsförderung und Prävention werden zum Kernstück der Landesgesundheitspolitik. Gute und faire Arbeitsbedingungen müssen gerade auch für die Heilberufe gelten.

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden den öffentlichen Gesundheitsdienst weiterentwickeln. Das Ziel ist eine Neuregelung und die Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes als so genannte dritte Säule der Gesundheitsversorgung. Gesundheitsförderung und Prävention sollen gestärkt werden. Besonderes Augenmerk soll dabei auf Angebote zur Stärkung der Kindergesundheit, der Sicherstellung der Versorgung im ländlichen Raum, für ältere Menschen und Migrantinnen und Migranten gelegt werden. Wir wollen die psychosoziale Versorgung und Beratungsangebote verstärken. Ein weiterer Schwerpunkt wird das Themenfeld Armut und Gesundheit sein. Ein Konzept der aufsuchenden Hilfe durch Gemeindeschwestern soll erarbeitet werden.

Wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher im Gesundheitswesen stärken und die flächendeckende Beratung und Interessenvertretung der Patientinnen und Patienten erweitern.

Es wird ein Masterplan Gesundheit für Hessen erarbeitet, um das Wachstumspotential des Wirtschafts- und Standortfaktors Gesundheit in den Feldern Gesundheitswirtschaft, Gesundheitswissenschaft und Gesundheitsversorgung verstärkt zu nutzen und weiter zu entwickeln. Dabei sollen die Regionen, besonders Nordhessen, angemessen berücksichtigt werden.

Die Erhaltung und Förderung der Gesundheit halten wir für ebenso bedeutsam wie die langfristige und nachhaltige finanzielle Sicherstellung der Gesundheitsversorgung. Aus diesem Grund werden wir eine Bundesratsinitiative für ein Präventionsgesetz einbringen. Des Weiteren werden wir eine Bundesratsinitiative starten, um mit der Solidarischen Bürgerversicherung das Zweiklassensystem in der Gesundheitsversorgung zu überwinden.

Wir werden ein Konzept zur Sicherstellung der Hospizarbeit und der palliativmedizinischen Versorgung in der Fläche erarbeiten.

Suchthilfe und -Präventionsangebote werden wir stärken, besonders im Hinblick auf neue harte Drogen. Die Heroinambulanz Frankfurt wird weitergeführt.

Zur Umsetzung des Nichtraucherschutzes wird eine Bundesratsinitiative mit Ziel der Gleichbehandlung der Gastronomie mit anderen Arbeitsstätten durch Änderung des Arbeitsschutzgesetzes gestartet. Die Landesregierung wird eine Änderung des

Hessischen Nichtraucherschutzgesetzes einleiten, das den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entspricht.

Eine Rückführung der Uni-Kliniken Gießen und Marburg in Landesverantwortung werden wir unter Berücksichtigung rechtlicher und finanzieller Aspekte prüfen. Wir wollen die kommunalen und freigemeinnützigen Krankenhäuser erhalten und stärken. Wir werden prüfen, ob und wie durch die Einführung von Mindeststandards für Personal die Qualität der Patientenversorgung in den Krankenhäusern verbessert werden kann.

Für die Teilhabe und Integration behinderter Menschen

Behinderte Menschen haben das Recht auf gleichberechtigte Teilhabe am Leben in unserer Gesellschaft. SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen dafür sorgen, dass behinderte Menschen ohne besondere Erschwernisse gleiche Chancen und Zugangsmöglichkeiten zu möglichst allen Lebensbereichen haben. Es geht nicht nur um Fürsorge und Nachteilsausgleich, sondern um ein selbstbestimmtes Leben für behinderte Menschen im gesellschaftlichen Miteinander.

Deshalb werden die Koalitionspartner das Behindertengleichstellungsgesetz novellieren mit dem Ziel, die Regelungen zur Barrierefreiheit auf Landesebene auch auf die kommunale Ebene zu übertragen. Wir werden die Hessische Gemeindeordnung dahingehend ändern, dass in den Kommunen Behindertenräte oder Behindertenbeauftragte wirken werden, für Gemeinden und Städte unter 50 000 Einwohnern als Kann-Vorschrift, für Städte über 50 000 Einwohner als Soll-Vorschrift. Die bisherigen Aufgaben und Kompetenzen des Landesbehindertenbeauftragten werden überprüft und seine Funktion als engagierte Interessensvertretung auf Landesebene gestärkt.

Wir werden durch eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Behindertenverbände und zuständigen Ministerien überprüfen, ob und inwieweit eine Anpassung des Landesrechts an die UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen notwendig ist.

Um dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ gerecht zu werden, werden wir vorrangig integrierte Wohnformen fördern. Wir werden Anreize für Arbeitsmöglichkeiten für behinderte Erwachsene und Jugendliche auch außerhalb von Werkstätten durch ein „Budget für Arbeit“ schaffen. Damit behinderte Jugendliche mehr Chancen auf Ausbildung und Erwerbstätigkeit erhalten, werden wir Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen absichern.

Wir werden das Landesblindengeldgesetz verlängern.

Behinderte Kinder sollen gemeinsam mit nicht behinderten Kindern aufwachsen und in Kindertagesstätten und Schulen gemeinsam lernen. Deshalb wird die Integration von behinderten Kindern in Kindertagesstätten und Regelschulen stärker als bisher gefördert. Die Frühförderung muss bedarfsgerecht gestaltet werden. Die bereits für behinderte Kindergartenkinder bestehende Integrationsleistung nach der Integrationsvereinbarung soll künftig auch für behinderte Kinder unter drei Jahren gelten.

Wir werden den kindgerechten Übergang vom Kindergarten in die Regelschule für behinderte Kinder verbessern.

Damit die Integration in der Schule gewährleistet wird, werden wir Eltern dabei unterstützen, dass bestehende Ansprüche auf Integrationsassistenzen auch umgesetzt werden können.

Wir bekennen uns zum Prinzip der „Hilfe aus einer Hand“ in der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen in der Zuständigkeit des Landeswohlfahrtsverbandes. Wir streben daher an, in Abstimmung mit dem Landeswohlfahrtsverband und den kommunalen Trägern die Zuständigkeit für alle Leistungen der Eingliederungshilfe dem LWV zu übertragen. Die Aufgabenwahrnehmung erfolgt durch teilweise Regionalisierung der Aufgabenwahrnehmung (Steuerung des Einzelfalls) – besonders bei den offenen Hilfen – in Abstimmung mit der jeweiligen Kommune.

Politik für und mit älteren Menschen

Es ist unser Ziel, dass alle Menschen bis ins hohe Alter ein selbstbestimmtes und aktives Leben führen können. Wir wollen auf die Erfahrungen und Kompetenzen älterer Menschen zurückgreifen und dafür sorgen, dass das solidarische Zusammenleben der Generationen erhalten bleibt.

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die Partizipation älterer Menschen bei der Gestaltung der Auswirkungen des demografischen Wandels verstärken und dabei die besonderen Bedürfnisse älterer Menschen in den Bereichen Wohnen, Verkehr, Stadtplanung, Gesundheit und Infrastruktur berücksichtigen. Dazu und zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements werden wir kommunale Seniorenbeiräte in der Hessischen Gemeindeordnung verankern. Die Kommunen sollen diese einrichten und ihre Ausgestaltung selbst regeln können.

Wir werden ein Heimgesetz vorlegen, das unter anderem alternative Pflegekonzepte, die psychosoziale Betreuung in Heimen und neue Formen des Wohnens gesetzlich verankert.

Wir werden die nach dem Pflegeweiterentwicklungsgesetz neu einzurichtenden Pflegestützpunkte so gestalten, dass sie unabhängig und bedarfsorientiert, trägerübergreifend und umfassend Pflegebedürftige und ihre Angehörigen beraten und unterstützen.

Die Altenpflegeausbildung, einschließlich innovativer Fort- und Weiterbildungsangebote, werden wir bedarfsgerecht sicherstellen. Demenziell erkrankte Pflegebedürftige und ihre Angehörigen werden wir durch niedrigschwellige Beratungs- und Hilfeangebote entsprechend der bundesrechtlichen Regelungen unterstützen.

Im hessischen Landesdienst werden wir Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege entwickeln.

Allgemeine Gleichstellungspolitik

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein tolerantes Hessen. Wir werden daher in allen Politikbereichen dafür sorgen, dass unterschiedliche Lebensentwürfe, Beziehungsformen und sexuelle Identitäten akzeptiert werden. Die Erfahrungen der Personalpolitik mit Diversity-Ansätzen werden wir auswerten und den Landesdienst entsprechend gestalten. Wir werden die Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften im Landesrecht umsetzen und eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen, die sicherstellt, dass auch alle bundesgesetzlichen Normen entsprechend angepasst werden. Wir werden den europäischen Gleichbehandlungsgrundsatz im hessischen Landesrecht umsetzen.

Mit dem Landesverband der Sinti und Roma soll ein Rahmenübereinkommen geschlossen werden.

Hessen vorn in der Frauenpolitik

Noch nie gab es so viele qualifizierte Frauen wie heute. Dennoch ist der Anteil der Frauen, die an die Spitze von Politik, Wirtschaft, Hochschule oder Verwaltung kommen, nach wie vor gering. Wir wollen weibliche Potenziale fördern, sie aber nicht durch neue oder alte Rollenzuweisungen einengen. Jede Frau soll ihr Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten können. Geschlechtergerechtigkeit ist unser Ziel.

Frauenpolitik ist für uns ein Querschnittsthema, das in allen Ressorts seinen Niederschlag finden muss und grundsätzlich alle gesellschaftlichen Bereiche berührt. Von der Führungsebene bis in die Dienststellen werden wir dafür Sorge tragen, dass die besonderen Belange von Frauen ausreichend berücksichtigt werden. Frauenpolitik wird in der Staatskanzlei angesiedelt und mit einer Bevollmächtigtenstelle versehen.

Wir nehmen den europäischen Auftrag zum Gender Mainstreaming ernst und werden die geschlechterbezogene Sichtweise in alle politischen Konzepte und Entscheidungen einbeziehen. Wir sind bestrebt, Teilhabedefizite und Diskriminierungen von Frauen in allen Gesellschaftsbereichen abzubauen.

Die Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen ist als wichtiger Baustein der europäischen Beschäftigungsstrategie ein Schwerpunkt der Landesregierung. Gender Mainstreaming kann diese Förderung nicht ersetzen. Lohngerechtigkeit und die Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungsfunktionen bleiben unser Ziel.

Im ständigen Dialog und unter Beteiligung der Frauenverbände und -organisationen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sowie Einzelpersonen und unter Hinzuziehung der wissenschaftlichen Kompetenz werden wir unsere Vorhaben in der Gleichstellungspolitik in Angriff nehmen. Dazu gehören besonders die frauenpolitische Umsetzung der europäischen Antidiskriminierungsvorgaben, eine Öffentlichkeitskampagne zu Gender Mainstreaming und die Erarbeitung eines hessischen Gender-Atlas mit einem ersten Teil zur Frauenerwerbstätigkeit.

Wir werden den Genderprozess innerhalb der Landesverwaltung einleiten. Als Teil des Gender-Mainstreaming-Konzepts ist der Landeshaushalt im Hinblick auf seine Auswirkungen auf die Gleichstellung von Männern und Frauen zu überprüfen und

neu auszurichten. Der Ansatz des Gender Budgetings wird schrittweise im Landeshaushalt verwirklicht und soll zunächst in geeigneten Modellprojekten erprobt werden.

Wir werden das Hessische Gleichberechtigungsgesetz mit dem Ziel novellieren, Frauenförderung in allen Geltungsbereichen durchzusetzen und eine Vorbildrolle für die Privatwirtschaft zu übernehmen. Dazu gehört auch die Parität in Gremien.

Unser Ziel ist gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit für Frauen und Männer. Deshalb werden wir zusammen mit der Wirtschaft und den Tarifparteien Kampagnen für Lohngleichheit und für mehr Frauen in Führungsfunktionen durchführen. Mentorinnenprojekte für unterschiedliche Bereiche werden wir weiterentwickeln.

Frauenbildungsprojekte und Frauennetzwerke werden von uns wieder finanziell unterstützt. Da Frauen in besonderen Notlagen eines verlässlichen Unterstützungs- und Hilfesystems bedürfen, werden wir der Sicherstellung eines solchen Systems (zum Beispiel Frauenhäuser, Schutzwohnungen, Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt) besonderes Augenmerk widmen. Wir werden die Arbeit der Landeskoordinierungsstelle gegen Häusliche Gewalt weiterentwickeln. Die Hilfsangebote für Opfer von Menschenhandel werden wir verstärken und die Kooperationsvereinbarung zur Bekämpfung des Menschenhandels effektiv umsetzen.

Um die speziellen Lebenslagen von zugewanderten Mädchen und Frauen angemessen zu berücksichtigen, wird ein eigenes Integrationsprogramm aufgelegt.

Wir wollen Frauen in der Wissenschaft stärken und den Anteil der Professorinnen an den Hochschulen erhöhen.

Wir werden eine Motivationskampagne für mehr Erzieher in Kindertagesstätten und Lehrer in Grundschulen durchführen.

Integration im Vordergrund

Die Integration der Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund ist eine der großen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen, der sich die rot-grüne Landesregierung in der vor ihr liegenden Wahlperiode entschlossen stellen wird. Dabei setzt die Landesregierung auf die Zusammenarbeit aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte, auf die Kommunen ebenso wie auf die zivilgesellschaftlichen Akteure, vor allem auch auf die Mitwirkung der Organisationen und Einrichtungen von Menschen mit Migrationshintergrund selbst.

Die rot-grüne Landesregierung versteht Integration als einen von Respekt getragenen Prozess der Verständigung, dessen Ziel nicht die unterschiedslose Assimilation der Zuwanderer in die aufnehmende Mehrheitsgesellschaft ist, sondern der das Recht auf die Bewahrung der eigenen kulturellen und religiösen Identität anerkennt. Ziel aller Integrationspolitik ist das gleichberechtigte, friedliche Zusammenleben auf der Basis der Verfassung und der Grundwerte unserer Gesellschaft.

Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn die gesellschaftliche und politische Gleichberechtigung der Menschen mit Migrationshintergrund vorangetrieben wird. Der Abbau rechtlicher und sozialer Diskriminierung und die zunehmende Verwirklichung der Chancengleichheit, vor allem beim Zugang zu Bildung und Ausbildung, liegen deshalb im Fokus unserer Politik.

Wir wollen einen Perspektivwechsel in der Integrationspolitik, durch den die Chancen des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Abstammung und mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund stärker als bisher betont werden. Wir wollen durch unsere Politik die großen Potenziale produktiv werden lassen, die in der großen und wachsenden Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund liegen. Wir werden die Situation von Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus in den Bereichen Bildung und Gesundheitsversorgung verbessern.

Die neue Härtefallkommission ermöglicht, zukünftig fern vom politischen Tagesgeschäft Einzelfallentscheidungen in humanitären Fragen zu treffen.

Wir werden ein umfassendes Integrationskonzept vorlegen. Die Förderung der Gleichberechtigung von Mädchen und Frauen ist ein besonderes Anliegen unserer Integrationspolitik.

Integrationspolitik ist eine hochrangige politische Querschnittsaufgabe, der sich alle Ressorts der rot-grünen Landesregierung stellen werden.

Wir werden folgende Vorhaben verfolgen:

Wir werden die Partizipationsmöglichkeiten von Migrantinnen und Migranten durch Stärkung der Ausländerbeiräte verbessern. Die Arbeitsbedingungen der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Ausländerbeiräte (AGAH) sollen optimiert werden. Darüber hinaus werden wir die Rolle und Struktur des Integrationsbeirates überprüfen. Wir wollen Menschen mit Migrationshintergrund ermutigen, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen und werden hierzu eine Informationskampagne zur verstärkten Einbürgerung in die Wege leiten. Wir werden auch eine Informations-Kampagne zum Zuwanderungsgesetz starten.

Kinder mit Migrationshintergrund wollen wir besser unterstützen, indem wir die frühkindliche Bildung ausbauen und verbessern, Eltern in ihrer Erziehungskompetenz stärken, Sprachkompetenz – sowohl in Deutsch als auch in der Herkunftssprache – systematisch fördern, individuelle Förderung ausbauen und Bildungsbarrieren abbauen, für mehr Erzieherinnen, Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund sorgen sowie interkulturelle Kompetenz stärker in der Lehreraus- und -fortbildung verankern. Wir werden Schulen unterstützen, die verbreitete Herkunftssprachen (z.B. Türkisch, Russisch) als reguläres Schulfach oder zweite Fremdsprache anbieten wollen.

Wir werden uns um die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache durch in Deutschland ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer bemühen. Wir werden weiter nach einem dafür geeigneten Partner suchen. Alternativ werden wir einen islamkundlichen Unterricht einführen.

Damit Migrantinnen und Migranten einen möglichst hohen Bildungsabschluss erreichen können, ist eine Verbesserung der derzeitigen Förderung notwendig. Viele

Jugendliche können nur durch Nachqualifizierung für einen Ausbildungsplatz fit gemacht werden. Angebote, die den Übergang von der Schule in den Beruf begleiten, werden wir ausbauen. Die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Ausbildungsplätzen ist eine der wichtigsten gesellschaftspolitischen Aufgaben. Wir werden deshalb bestehende Initiativen bei der Akquise von Ausbildungsplätzen in Unternehmen stärker unterstützen. Die Landesregierung begrüßt, dass Menschen mit Migrationshintergrund vermehrt unternehmerisch tätig werden, und wird diese Unternehmen bestärken, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Wir wollen die bedarfsgerechte Förderung eines nationalitätenübergreifenden, interkulturell ausgerichteten und lebenslagenorientierten Beratungsangebots für Migrantinnen und Migranten gewährleisten. Das ehrenamtliche Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in allen Bereichen des zivilgesellschaftlichen Lebens werden wir unterstützen. Die interkulturelle Öffnung der gesamten öffentlichen Verwaltung ist ein Ziel unserer Integrationspolitik. Alle sozialen Beratungs- und Hilfsorganisationen und -institutionen sollen künftig ihre Angebote interkulturell ausrichten.